

Interview mit Dr. Axel Schroeder, BDU-Präsident

Urologische Nachrichten (UN): Herr Schroeder, Sie haben bei der Präsidentenwahl auf dem DGU-Kongress einen deutlichen Sieg erzielt. Was wollen Sie in der Berufspolitik jetzt anders machen?

Schroeder: Auf jeden Fall müssen wir versuchen zu erreichen, dass die Urologen sich mehr mit dem Berufsverband identifizieren, dass sie teilhaben und sich einbringen. Ein Verband ist nur so gut wie seine Mitglieder. Wir müssen die regionalen Netzwerke, die sich teilweise vom Berufsverband abgewendet haben, wieder integrieren. Den Sinn der Vernetzung sehe ich darin, dass wir die urologischen Ziele klar positionieren, auf allen Ebenen umsetzen und regionale Versorgung sicherstellen.

Außerdem gilt es, junge neue Kollegen aus der Klinik für die Berufspolitik zu gewinnen. Wir brauchen einen mitgliederstarken Verein, damit wir gemeinsam die Zukunft gestalten können. Denn das Gesundheitssystem braucht neue Strukturen und Prozesse, zum Beispiel bei der Verzahnung der Sektoren.

UN: Waren Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen denn mit der bisherigen Berufspolitik unzufrieden?

Schroeder: Da gab es schon ein paar Defizite. Der Vertrauensverlust vieler Mitglieder in den BDU ist nicht nur den Honorarverlusten sondern vor allem wegen der an Missachtung grenzenden Kommunikation des bisherigen Präsidiums gegenüber seinen Mitgliedern zu erklären. Es gibt eine gewisse Distanz zur Politik, auch zur Berufspolitik. Regionale Gruppierungen sind teilweise selbstständig losmarschiert. Ich finde es gut, wenn regional viel passiert und Verantwortung übernommen wird, aber es muss integriert werden. Wir müssen inhaltlich mit einer Stimme sprechen, um auf Bundesebene, also bei der KBV und dem GKV-Spitzenverband, unsere Belange durchzusetzen. Aber auch auf regionaler und lokaler Ebene. Dieses Bewusstsein müssen wir in die Basis transportieren.

UN: Welche Projekte wollen Sie mit dem BDU angehen?

Schroeder: Das Präsidium und der Hauptausschuss werden zunächst eine Standortbestimmung erarbeiten, bei dem die künftigen Ziele festgelegt werden und wie wir uns inhaltlich und strukturell neu ausrichten. Konkret geht es etwa darum, Altlasten zu korrigieren, etwa in der Musterweiterbildungsordnung. Hier gibt es einen dringenden Handlungsbedarf, denn es hat Fehlentwicklungen gegeben. Die heutige Musterweiterbildungsordnung ist überhaupt nicht alltagstauglich. Allerdings ein sehr anspruchsvolles Projekt.

UN: Damit meinen Sie sicher auch die Onkologie...

Schroeder: Ja, die Onkologie gehört dazu, das ist ein ganz wichtiger Bestandteil! Es geht darum, den Bedarf an urologischer Versorgung in der Öffentlichkeit darzustellen. Die meisten Krebspatienten werden von Urologen behandelt. Das müssen wir nach außen deutlich machen. Da geht nicht nur um das Abrechnungstechnische, sondern wir müssen klar machen, worin unsere urologische Verantwortung und Kompetenz liegen und damit unsere urologische Versorgungsberechtigung und Sicherstellung. Was uns hier aktuell besonders unter den Nägeln brennt, ist die neue Onkologievereinbarung.

UN: Wie beurteilen Sie die Gesundheitspolitik der schwarz-gelben Regierung und insbesondere die Reform von Gesundheitsminister Philipp Rösler?

Schroeder: Es ist schon erstaunlich, dass die Gesundheitspolitik jetzt wieder zunehmend in Richtung Zentralisierung geht. Medizinische Versorgung ist auch ein regionales Geschäft, gerade unter dem Aspekt Wettbewerb und Freiberuflichkeit. Die innovativen Kooperationen passieren doch vor Ort, in der Region. Viele Kollegen haben sich von der neuen Regierung viel erhofft und sind enttäuscht worden. Ein Problem ist, dass das Morbiditätsrisiko wieder den Ärzten auferlegt wird und nicht mehr nur beim Kostenträger liegt. Extrabudgetäre Leistungen, die besonders förderungswürdig sind, werden wieder budgetiert. Das läuft alles wieder auf ein Kostendämpfungsgesetz hinaus. Unsere Aufgabe ist es in dieser Situation, durch Vernetzung und Partnerschaften in der Ärzteschaft die Politik aktiv mitzugestalten.

UN: Herr Schroeder, wir danken Ihnen herzlich für dieses Gespräch!

Das Interview führte Markus Schmitz.